

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20.
Telefon Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1522.
Groschke
Riesa Nr. 22.

Nr. 114.

Mittwoch, 16. Mai 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Interesses von Produktionsvereinigungen, Geschäften der Bühne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Kellam-Zeile (6 Silben) 35 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Zwischen an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostebstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nitzmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Kritik des Faschismus.

Vor einigen Wochen von der italienischen Kammer das Gesetz verabschiedet wurde, durch das die italienische Volkswirtschaft, die nach der Verfassung durch freie Wahlen gebildet werden soll, in eine im wesentlichen vom Generalrat der faschistischen Partei, d. h. von Mussolini selbst ernannte Körperschaft umgewandelt wird, hatte es nur der alte Glottis gewagt, in einer kurzen, aber eindringlichen Erklärung gegen das Gesetz zu protestieren und mit fünf seiner Anhänger, dem letzten Überbleibsel der alten italienischen Demokratie, dagegen zu stimmen. Jetzt ist der Gesetzentwurf auch dem Senat vorgelegt worden, ist dort natürlich, wie nicht anders zu erwarten war, angenommen, hat aber doch eine in sich geschlossene und zahlenmäßig viel bedeutendere Opposition gefunden, als dies in der Kammer der Fall war. Den 161 Senatoren, welche sich dem Willen Mussolinis beugen und dieser praktischen Außerfraktionierung der Verfassung zustimmen, standen innerhalb 45 Stimmen gegenüber, die sich gegen das Gesetz aussprachen. Bedeutender aber ist, daß unter diesen Namen sind, die für sich in Anspruch nehmen können, nicht minder repräsentativen Italiens zu sein als Mussolini, wenn auch eines anderen Italiens. Vor allem ist darunter zu nennen der Philosoph Benedetto Croce, dem Italien den Ansehens seines philosophischen und kritischen Denkens an die moderne Welt zu danken hat und durch dessen Schule fast jeder Italiener von einiger geistiger Bedeutung in den letzten Jahrzehnten hindurchgegangen ist; sodann der bekannteste und gelehrteste Nationalökonom und wirtschaftliche Schriftsteller Guanda, dessen wirtschaftliche Aufsätze im früheren „Corriere della Sera“, als dieses Mailänder Blatt noch ein großes unabhängiges Organ war, das Interesse der ganzen Welt festhielt. Von bekannten Politikern waren darunter der ehemalige Außenminister Fürst Tanza di Soalva, der Italien auch lange Zeit als Vorkämpfer in Paris vertrat, und die beiden Senatoren Bergamini und Albertini, der erstere langjähriger Vorkämpfer der italienischen Presseorganisation und Chefredakteur des großen römischen Blattes „Giornale d'Italia“, der letztere früher Leiter und Hauptbesitzer des „Corriere della Sera“, bis ihn der faschistische Druck aus Welt und Betätigung verdrängt hatte. Alle diese Männer stellen, jeder für sich und in ihrer Gesamtheit, ein Italien dar, von dem man lange nichts gehört hat, daß man untergegangen glaube und das jetzt fast zu allgemeiner Verwunderung im Senat, wenn auch nur in Form einer Protestaktion, zu neuem Leben erwacht ist.

Die faschistische Presse geht über die peinliche Episode dieser Senatsdebatte mit einer offenbar von oben befohlenen Nachschärfung hinweg, kann es aber nicht hindern, daß namentlich die scharfe und unerschrockene Kritik, die der Senator Albertini bei dieser Gelegenheit an der Theorie und Praxis des faschistischen Regimes übte, heute in Italien in aller Mund und in vieler Herzen ist und im Ausland größte Aufmerksamkeit erregt hat. Er stellte fest, daß nach der neuen Kammerreform die parlamentarische Betätigung der beiden ehemals gesetzgebenden Körperschaften nur noch darin bestehe, die Regierungsvorschläge zu genehmigen und Gesetzentwürfe zu bestätigen, von denen die meisten bereits von der Regierung durch Dekret in Kraft gesetzt wurden. Dieser Zustand hätte logisch zur Abschaffung des Parlaments führen müssen, während man es zum Schein aufrechterhalte und so einen in sich unwahrscheinlichen Zustand schaffe. Nach Beseitigung des Versammlungs- und Organisationsrechts und des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch die Presse für die Opposition könne von einem Wahlrecht des italienischen Volkes nicht mehr die Rede sein, und da auch die Krone praktisch in ihrer Wirksamkeit auf die Bildung der Regierung beschränkt worden sei, stelle das faschistische Regime in seiner heutigen Gestalt eine Verfassungsverletzung dar, gegen die er im Glauben an die Grundzüge pflichtgemäß protestieren müsse, durch die Italien 80 Jahre lang geleitet worden sei.

Mussolini, der in der Kammer die Erklärung Glottis wortlos hingenommen hatte, wurde durch das Ansehen und die zahlenmäßige Stärke der Opposition im Senat zu einer ausführlicheren Begründung und Rechtfertigung des Wahlsystems veranlaßt; dies entspricht auch der Taktik, die er von Beginn seiner Herrschaft an eingeschlagen hat. Schon in den ersten Jahren war es ihm gelungen, durch den robusten Terror seiner Anhänger die Opposition in der Kammer mundtot zu machen, sie dann durch den berühmten „Auszug auf den Aventin“ aus der Kammer zu entfernen und diese schließlich durch das vorige Wahlsystem fast gänzlich mit seinen Kreaturen zu besetzen. Von Anfang an konnte er deswegen die Deputiertenkammer, bei der früher das politische Schwergewicht lag, mit souveräner Mißachtung behandeln. Mit großer Offensivkraft aber hat er um die Gunst und politische Unterstützung des Senats geworben, in dem er in Anlehnung an atonische Herrschaftsformen seine Diktatur moralisch zu verankern hoffte. Der Senat, der im demokratischen Italien eine politische Bedeutung kaum hatte, sollte dem faschistischen Regime durch das Ansehen seiner Mitglieder die moralische Untermauerung geben, ohne die auch eine Diktatur nicht bestehen kann. Die letzten Vorgänge im Senat haben gezeigt, daß dies Mussolini nicht oder nur in beschränktem Umfang gelungen ist. Schon die nächste Zukunft wird wohl lehren, welche Folgerung Mussolini aus dieser Erfahrung ziehen wird. Die meisten der Männer, die jetzt als Opponenten gegen den Faschismus aufgetreten sind, verdanken ihre Ernennung zu Senatoren dem letzten Wahlrecht, aber sie haben in ihrem Ansehen in der Kammer zu hoch, als daß Mussolini es wagen könnte, die rücksichtslose Repression der politischen Ausnahmegerichte gegen sie anzuwenden. Der Bar-

Die Reichsregierung gegen Erhöhung der Bahntarife.

11 Berlin, 15. Mai. Innerhalb der Reichsregierung besteht, wie wir hören, nicht die Absicht, zu den Vorschlägen der Deutschen Reichsbahngesellschaft vor dem 20. Mai in entscheidender Weise Stellung zu nehmen. Nach den Bestimmungen des Reichsbahngesetzes ist die Reichsregierung gezwungen, eine Antwort zu erteilen, und zwar muß diese Antwort, da der Antrag auf Erhöhung am 1. Mai eingegangen ist, spätestens bis zum 20. Mai erteilt worden sein. Im § 23 des Reichsbahngesetzes heißt es: „Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn der Gesellschaft nicht innerhalb von 20 Tagen auf ihren Antrag von dem für die Aufsicht über die Eisenbahn zuständigen Reichsminister Antwort zugeht. In allen Fällen wird die Reichsregierung der Gesellschaft auf die von dieser vorgelegten Tarifvorschläge die abschließende Entscheidung in möglichst kurzer Frist erteilen.“ Da die Entscheidung der Reichsregierung für das Wirtschaftsleben von außerordentlicher Bedeutung ist, so ist, wie verlautet, geplant, ein Gremium von Wirtschaftsexperten zu ernennen, das zu den Vorschlägen der Reichsbahn ein Gutachten abgeben soll. Die endgültige Verantwortung für die Entscheidung liegt aber nach wie vor bei der Reichsregierung. Sollte eine Einigung zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn nicht möglich sein, so sind die Parteien in der Lage, das Reichsbahngesetz

und den im Reichsbahngesetz vorgesehene Schiedsrichter anzurufen. Die Tarifserhöhung kann nach den geltenden Bestimmungen frühestens am 1. Juli in Kraft treten.

Wie in politischen Kreisen verlautet, bemängelt die Reichsregierung bei ihrem gegenwärtigen Standpunkt vor allem, daß sich die Erhöhung der Gütertarife im Wirtschaftsleben mehrfach im Sinne einer Verteuerung der Waren auswirken werde. Ferner verleihe die Reichsbahn bei durchaus gesunder Grundidee ihres Vermögenssorges die Anlagen und den laufenden Betrieb nicht hinreichend durchzuführen. In Wirtschaftskreisen wird an dem Bemängelt, daß die finanzielle Aufstellung der Reichsbahn nicht ganz richtig sei. Einmal wären die Anlagen aus kurzfristigen Krediten durchzuführen, dann betrage der tatsächliche Bedarf für 1928 nicht 250, sondern nur 125 Millionen Mark. Diese 125 Millionen Mark wären jedoch für das Jahr 1928 bereits vorhanden. In den ersten vier Monaten hätten nämlich die Mehreinnahmen unter Abzug der Verkehrrücklagen 70 Millionen ausgemacht. 40 Millionen wären noch aus dem Vorjahr als Überfluß vorhanden. Daher trete erst mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1929 ein tatsächlicher Bedarf für die Reichsbahn ein.

Eröffnung der Jahreschau „Die technische Stadt“.

11 Dresden, 16. Mai. In Gegenwart einer ansehnlichen Festversammlung wurde heute mittags im Städtischen Ausstellungspalast die 7. Jahreschau Deutscher Arbeit mit einer Begrüßungsansprache des Präsidenten der Jahreschau, Stadtrat Dr. Krüger, feierlich eröffnet. Unter den überaus zahlreich erschienenen Ehrengästen bemerkte man u. a. als Vertreter der Reichsregierung den Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Dr. Rathies, Reichskommissar für das Ausstellungs- und Messwesen, sowie Oberst Andres, Chef des Stabes des Heereswaffenamtes als Vertreter des Reichswehrministeriums. Ferner waren erschienen Ministerialrat Dr. Ernst vom preussischen Handelsministerium, Weidmair Freytag und Ministerialrat Hartius als Vertreter der bayerischen Regierung. Der sächsische Ministerpräsident Dold war in Begleitung sämtlicher sächsischer Staatsminister, des sächsischen Generaldirektors Dr. Graubner, sowie der Herren der sächsischen Gesandtschaft in Berlin zur Eröffnungsfest erschienen. Unter den auswärtigen Ehrengästen seien ferner genannt Komptobischoff Kreitzsch, die Oberbürgermeister von Leipzig, München und Weizsäcker, mehrere Vertreter des Berliner diplomatischen und konsularischen Korps, sowie Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft, Industrie, Handel und Technik. Für den Reichsverband der Deutschen Presse nahm Direktor Richter an der Eröffnungsfest teil.

Stadtrat Krüger untertrifft in seiner Begrüßungsansprache den Zusammenhang mit der diesjährigen 100-Jahresfeier der Dresdner Technischen Hochschule, in deren Diensten der Jahreschau die diesjährige Ausstellung gewidmet wurde und der zu Ehren die „Technische Stadt“ heute geweiht wurde. Technik sei die Wissenschaft von der Beherrschung der Natur, so führte der Redner aus. Die „Technische Stadt“ sei ein Versuch, zu zeigen, wie die Naturgewalten und Naturerzeugnisse dem Zusammenleben der Menschen in stetiger Gemeinschaft dienlich gemacht würden. Leider sei es dem Reichspräsidenten von Hindenburg unmöglich, an der heutigen Feier teilzunehmen; er habe jedoch sein Interesse an der Ausstellung und der 100-Jahresfeier der Hochschule in freundlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Der Redner schloß mit Dankesworten an alle Mitarbeiter, Förderer und Gönner des großen Werkes.

Hierauf brachte Ministerpräsident Dold dem Präsidium der Jahreschau mit herzlichem Dank für die Einladung die besten Grüße und Wünsche der sächsischen Staatsregierung zum Ausdruck. Die Jahreschau Deutscher Arbeit habe in den letzten Jahren ihres Bestehens sich einen ehrenvollen Platz in der Reihe der wirtschaftlich-kulturellen Veranstaltungen in Deutschland gesichert. Ihr Grundgedanke sei gesund und lebensfähig. Wenn auch ihre Veranstaltungen allgemein deutschen Charakter trügen und die Zahl der Aussteller jährlich größer werde, so sei doch insbesondere Sachsen mit seiner vielseitigen Wirtschaft und seinen bedeutenden Ausfuhrinteressen im besonderen Maße Ruben der Jahreschau. Es sei deshalb selbstverständlich die Pflicht der sächsischen Regierung, dieses Unternehmen zu unterstützen und zu fördern. Es war ein glücklicher Gedanke, in diesem Jubiläumjahr die Technische Hochschule und die Jahreschau zu gemeinsamer Arbeit in der Aus-

stellung „Die Technische Stadt“ zu vereinen. Der Ministerpräsident schloß mit dem Wunsch, daß die Jahreschau 1928 gleich ihren Vorgängerinnen vor der Öffentlichkeit des In- und Auslandes den unbegrenzten Willen des deutschen Volkes bekunden möge, allen Schwierigkeiten zum Trotz sich durch zielbewusste Arbeit im wirtschaftlichen Wettbewerb der Konkurrenz zu behaupten und seinen alten ehrenvollen Platz in der Weltwirtschaft wieder zu erringen. Nach dem Ministerpräsidenten Dold ergriff der Rektor der Technischen Hochschule Dresden, Prof. Dr. inz. Bögel das Wort. Mit der Eröffnung dieser Ausstellung, so betonte er, seien für die Technische Hochschule die Feierlichkeiten ein, die ihr hundertjähriges Bestehen zum Gegenstand hat. Freudig begrüße er die Hochschule, daß es trotz aller außerordentlichen Schwierigkeiten gelungen sei, das diesjährige Ausstellungsprogramm mit dem hundertjährigen Geburtstag des Dresdner Polytechnikums zu verknüpfen. Nachdem nunmehr die Technische Stadt erstanden sei und ihre Pforten öffne, spreche die Hochschule dem Präsidium der Ausstellung an diesem neuartigen Ausstellungsplatz den ersten Glückwunsch aus und verbinde damit den Dank für die Ehrenstellung mit der die Technische Hochschule anlässlich ihrer Centenarfeier im Rahmen dieser Jahreschau ausgezeichnet wurde.

Namens der Reichsregierung brachte Staatssekretär Dr. Geib in herzlichem Worten die Grüße und Wünsche des Reichskanzlers und des Reichsarbeitsministers zum Ausdruck.

Nach einem musikalischen Vortrag des Kreuzchor unter Leitung von Professor Otto Richter wurde die Ausstellung offiziell für eröffnet erklärt. Es schloß sich ein allgemeiner Rundgang durch die Hauptgruppen der Technischen Stadt an. Besondere Beachtung fanden die Hallen für Gas, Wasser und Elektrizität sowie die bereits in vollem Betrieb befindliche Halle der Bäder und Fleischer. Den Hauptanziehungspunkt für die Besucher bildete das Kugelhaus.

An den Reichspräsidenten v. Hindenburg als den Ehrenpräsidenten der Jahreschau wurde folgendes Begrüßungstelegramm abgesandt:

„Zum 7. Male hat die Jahreschau ihre Hallen geöffnet um mitzuhelfen, dem Handel deutscher Vortarbeit den Weg zum In- und Ausland zu bahnen. In diesem Jahre ist mit der Ausstellung „Die Technische Stadt“ ein wichtiges Problem unserer Zeit behandelt. Die vollkommene Eröffnung der Ausstellung meldet ihrem Ehrenpräsidenten mit den ehrenvollsten Grüßen „Die Jahreschau Deutscher Arbeit“ Dresden und die hundertjährige sächsische Technische Hochschule.“

Der Herr Reichspräsident sandte folgendes Telegramm: „Der Jahreschau Deutscher Arbeit, die diesmal in Erinnerung an die Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule Dresden der Ausstellung der Technischen Stadt gewidmet ist, erlaube ich zur heutigen Eröffnungsfest meine herzlichsten Grüße. Ich verbinde damit den aufrichtigen Wunsch, daß die Dresdner Jahreschau der deutschen Technik, welcher die Technische Hochschule Dresden in hundertjähriger Arbeit so erfolgreich gedient hat, neue Anregungen und Förderungen bringen möge. Ges. v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Fildner in Indien eingetroffen.

Der deutsche Forscher Dr. Wilhelm Fildner, den man während seiner Reise durch Innerasien bereits tot gefast hatte, ist nach Nachrichten, die jetzt von ihm selbst in Berlin eingetroffen sind, endlich in das nördliche Indien gelangt. Leider ist er, der sich für die große Expedition nur notdürftig ausdrücken konnte, mit erkorenen Füßen und einer gebrochenen Hand zurückgekommen. Er wollte in dem nordindischen Orte Vesh Stellung suchen, um dann weiter nach Kaskmir zu wandern.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkdruck.) Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichskanzler Dr. Warg.

nungsdruck des vom Bruder Mussolini, Arnaldo, geleiteten „Popolo d'Italia“, man müsse diesen Akt der antisemitischen Opposition sorgsam überwachen, jetzt jedenfalls, daß das Verhältnis zwischen Faschismus und Senat ein politisches Problem Italiens geworden ist.